Beschlussvorlage Nr. 381-II-2017

Sitzung/Gremium Stadtrat	Termin 28.09.2017	Status öffentlich
------------------------------------	-----------------------------	-----------------------------

Vorbereitung durch die Verwaltung:
Federführendes Amt: Fachbereich II/Team Bauen

**Betr.: Antrag auf Genehmigung gemäß § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG),
Vorhaben Windpark Rohrshem II
- Beschluss zum Gemeindlichen Einvernehmen nach § 36 BauGB**

Sachverhalt:

Der Investor hat beim Landkreis Harz den Antrag auf Genehmigung gemäß § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) für das Vorhaben Windpark Rohrshem II eingereicht.

Gegenstand der geplanten Baumaßnahme ist die Errichtung und der Betrieb von 1 Windkraftanlage vom Typ Nordex N131/3300, Nennleistung 3,3 MW, Nabenhöhe 134 m, Rotordurchmesser 131 m, Gesamthöhe 199,9 m auf dem Grundstück Flur 14, Flurstück 210 der Gemarkung Rohrshem.

Der Standort befindet sich innerhalb des Geltungsbereiches (VRG) Vorranggebiet für die Nutzung der Windenergie mit der Wirkung von Eignungsgebieten Nr. V Dardesheim – Badersleben - Rohrshem.
Die Erschließung ist gesichert.

Gemäß § 36 BauGB kann das Gemeindliche Einvernehmen erteilt werden.

Finanzielle Auswirkungen der Vorlage

	Ja ☐	Nein ☒
Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr	Ja ☐	Nein ☒
Veranschlagung im Finanzplan lfd. Verwaltung	Ja ☐	Nein ☒

Pflichtaufgaben Freiwillige Aufgaben

Ergebnisplan Finanzplan/ Investitionstätigkeit

Entscheidungsvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Osterwieck erteilt das Gemeindliche Einvernehmen entsprechend § 36 BauGB für das Vorhaben Windpark Rohrshem II.

Anlage: Auszug aus der Flurkarte

Wagenführ
Bürgermeisterin

3. Beschluss:

Dem Entscheidungsvorschlag wird

- zugestimmt
- nicht zugestimmt
- mit folgenden Änderungen/ Ergänzungen zugestimmt

Änderungen/ Ergänzungen:

.....
.....
.....
.....

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Stadtrates: 29

davon anwesend: _____

Ja-Stimmen: _____

Nein-Stimmen: _____

Stimmenthaltungen: _____

Auf Grund des § 33 (1) KVG LSA waren keine Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Auf Grund des § 33 (1) KVG LSA haben folgende Mitglieder des Gemeinderates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt:

.....
.....
.....
.....

Osterwieck, 28.09.2017

Wagenführ
Bürgermeisterin